

Die „Volkskraft“  
erscheint täglich Nachmittags außer  
Sonntag und ist durch die  
Expedition, Neue Hauptstr. 2/4,  
durch die Post und  
durch Kolporteurs zu beziehen.  
Preis vierteljährlich Mk. 2.50,  
pro Woche 20 Pf.  
Postzeitungsliste Nr. 8170.

# Volkskraft

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsfrist  
bestimmt für die einzelnen  
Belegblätter oder deren Anzahl  
bis spätestens für den Druck- und  
Verlagsanfang-Kapitalen  
15. Weihnachts-  
tag.  
Anfragen für die nächste Nummer  
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der  
Expedition eingegeben werden.

Telephon  
Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 16.

Freitag, den 20. Januar 1905.

16. Jahrgang

## Glück auf!

Schwer von steter Nacht umfangen,  
Brechen sie im Erdschoß,  
Unter Qualen, unter Bangen,  
Heißer Urzeit Schätze los.

Sind von schrecklichen Gewalten  
Jeder Augenblick bedroht,  
In den Klüften, aus den Spalten  
Lauert hundertfacher Tod!

Keuchend mühen sich die Glieder,  
Wo der Hölle Atem weht,  
Tauchen auf und tauchen nieder,  
Wie im Bronn der Eimer geht.

Und des Lichtes goldne Welle,  
Die kein Bettler missen mag,  
Labt sie mit gesunder Helle  
Nur an festem Feiertag.

Und sie leiden und sie frohen  
Jahr um Jahr in gleicher Müß' —  
Arme Sklaven reicher Drohnen! —  
Weihen bald und sterben früh! —

Kann's Euch wundern, wenn sie riefen  
Großmüß' jetzt nach Recht und Licht,  
Wenn's aus ihres Herzens Tiefen  
Jäh' wie schlagend Wetter bricht?

Wenn die Schar mit einem Schläge  
Sich der grossen Macht besann,  
Die Euch oben hier, am Tage,  
Bitter Sorge lehren kann?

Merkt Euch: Wenn sie feiern werden  
Trotzig dort im Kohlschacht,  
Wird es kalt auf Euren Herden,  
Dunkel sein in Eurer Nacht!

Wahrlich, nein! Und brausend weiter  
Walle dieses Sturmes Lauf!  
Und für Euch, gerechte Strelker  
Schalle schmetternd ein Glück auf!

Und der Strom des Lebens flutet  
Nimmer bald landaus, landein, —  
Wie ein Leib, der sich verblutet,  
Stumm und öde wird es sein!

Alle Elfen sind erloschen,  
Alle Räder stehen still —  
Und das alles, weil um Großmüß'  
Krämerelbtsucht feilschen will!

Weil die Habgier der Bedränger  
Baren Vorteil darin sieht,  
Dass ein Viertelkündchen länger  
Sklavenhand am Karren zieht!

Mögt Ihr da noch lange grübeln,  
Was der Arme darf und soll?  
Könnt Ihr seinem Zorn verübeln,  
Dass er endlich überquoll?

## An die organisierten Arbeiter Deutschlands!

Im Ruhrkohlenrevier ist am 17. Januar der Generalstreik aller Bergleute eingetreten. 200.000 Arbeiter stehen im Auslande, um die Anerkennung ihrer Rechte zu erkämpfen. Was sie von ihren Vätern ererbt hatten, die Achtstunden- schicht, sollte ihnen durch hinterlistige Grubenordnungen genommen werden. Ihre Vorstellungen und Proteste blieben wirkungslos, das Grubenkapital befahl und die Arbeiter sollten sich einfach unterwerfen. So war es schon seit Jahren gegangen, bald hier, bald da wurden die Schichten verlängert, wurden die Gebirge gekürzt, Wagen genullt, Strafgehalte erhoben und den Arbeitern unbezahlte Nebenarbeiten aufgebürdet, die ihren Verdienst schmälerten. Und jahrelang wurden die Bedrückungen murrend, aber ohne ernste Gegenwehr ertragen, weil die Arbeiter keinen Kampf herausbeschwören wollten, dessen Tragweite unabsehbar werden mußte.

Indes wuchs die Unzufriedenheit in ihren Reihen immer mehr. Die Unfall- gefahr nahm mit der Tiefe der Schachtanlagen von Jahr zu Jahr zu, und die Arbeits- verhältnisse wurden immer ungünstiger. Dazu breitete sich die Ruhrseuche in den Gruben aus, die tausende von Bergleuten mit schwerem Siechtum behaftete und sie einer widerwärtigen Behandlungsweise aussetzte. Umso höher stieg die Aufregung, als die Grubendirektionen weder ernsthafte und schnelle Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Seuche anordneten, noch um die ausreichende Unterstützung der Erkrankten sich kümmerten. Dafür erbitterten sie die Bergleute durch die Stilllegungen von ertrags- fähigen Kohlenzechen, die nur die Konzentration einiger Großbetriebe fördern sollten, zugleich aber tausende von Bergarbeitern des Verdienstes beraubten und zahlreiche Gemeinden an den Rand des Ruins brachten.

So war seit langem der Bündnisoff zum Kampfe systematisch angehäuft worden. Kann es da befremden, daß die frivole Schichtverlängerung auf der Zeche Bruchstraße das Maß der Erbitterung füllte? Aber die Führer der Bergleute wollten noch immer den Kampf vermeiden und durch gütliche Verhandlungen die Zurückziehung dieser Maßregel erreichen. Sie wurden schroff abgewiesen. Das Grubenkapital wollte den Kampf. Auf's neue trugen die Organisationen der Bergarbeiter Verhandlungen an. Die Grubendirektionen antworteten mit Maßregelungen und höhnischen Drohungen und verweigerten schließlich den Bergleuten mitten in schlimmster Winterkälte die ihnen zu- stehenden Deputatkohlen. Da zerriß die Erbitterung der Bergarbeiter die letzten Dämme und der Generalstreik wurde unvermeidlich. Noch hofften die Führer durch prägnante Aufstellung von Forderungen und Anrufung des Einigungsamtes in letzter Stunde die Gefahr zu beschwören. Das Grubenkapital lehnte auch dieses Entgegenkommen ab und der Kampf hat begonnen.

Einig, wie ein Mann, haben sich alle vier Bergarbeiter- organisationen des Ruhrreviers der gerechten Sache der Bergleute angenommen.

Zum erstenmale ist in diesem Kampf die Einigkeit aller Arbeiterverbände zur Tatsache geworden. Sie verbürgt den Streikenden eine gerechte Würdigung ihrer Forderungen.

Aber die Organisation eines einzelnen Berufes ist den Anforderungen eines solchen Riesenkampfes nicht gewachsen. Millionen sind notwendig, um diese Hunderttausende zu unterstützen in ihrem gerechten Kampfe gegen den maßlosen Uebermut einiger Millionäre und Milliardäre. Da muß die ganze deutsche Arbeiter- schaft einig und hilfsbereit hinter den Streikenden stehen und für sie opfern, was in ihren Kräften steht.

Im Namen der Vorstände der zentralisierten Gewerkschaften, deren Zustimmung der Generalkommission zu Teil wurde, appellieren wir an alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands, die kämpfenden Bergarbeiter in jeder Weise zu unterstützen.

Wohl wissen wir, wie schwer gegenwärtig für viele Arbeiterfamilien auch ein geringes Opfer wird, da Winterkälte und Arbeitsmangel doppelt auf ihnen lasten. Die gemeinsame Sache aller Arbeiter erfordert es, daß jeder gibt, was er zu geben vermag. Die Opferwilligkeit der deutschen Arbeiterklasse, die vor Jahresfrist den 6000 Grimmischauer Weibern ein glänzendes Weihnachtsfest bereitet, wird auch die Hunderttausende von Bergarbeitern nicht dem Hunger überlassen und sie zwingen, ins unerträgliche Lohnloch zurückzukehren. Sie wird ihnen helfen, den Kampf für ihre Arbeiter- rechte zu einem guten Ende zu führen.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden der Arbeiterschaft vorangehen durch Opferstern und Sammeleifer.

An die örtlichen Gewerkschaftskartelle ist das Ersuchen ergangen, die Sammlungen für die streikenden Bergarbeiter in der umfassendsten Weise zu organisieren und ihnen zu vollem Ertrag zu verhelfen. Durch ihre Hand sind alle eingegangenen Gelder gemäß einer mit dem Vorstand des Deutschen Bergarbeiterverbandes getroffenen Verein- barung abzuführen an dessen Hauptkassierer

Paul Horn, Bochum, Wiemelhauserstraße 38—40.

Und nun aus Werk! Bewährt eure Arbeitersolidarität. Unterstützt rasch und reichlich.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.



Die Arbeiter... Die Arbeiter... Die Arbeiter...

Die Arbeiter... Die Arbeiter... Die Arbeiter...

Die Arbeiter... Die Arbeiter... Die Arbeiter...

lokales und Provinziales.

Breslau, den 19. Januar.

Wit dem Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier... soll sich eine große Demonstration...

Im Arbeitersekretariat werden Sammel... llisten ausgegeben...

Ein Wahlprozess. Aus Berlin wird uns... geschrieben: Unsere Parteigenossen...

Das Ober-Verwaltungsgericht erklärte die... Entscheidung des Bezirksauschusses...

Da wo das Zentrum... Zwei 'Hellscherinnen' treiben in Königs... das dortige 'Tagblatt'...

Die Arbeiter... Die Arbeiter... Die Arbeiter...

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

\* Achtung, Metallformer! Die Aussperrung... der Berliner Metallformer...

Aus der Provinz Posen.

Beltsche 7 1/2 Millionen Mark! Der neue preussische... Entwurf wiederum beträchtliche Postionen...

Bromberg, 18. Januar. Fabrikarbeiter-Versam... lung. Am 15. d. M. tagte bei Koppe eine öffentliche...

Neueste Nachrichten.

Ein besiegter Kaiser.

Nach einer Meldung des Generals v. Trotha hat Wilhelm... Maharero im Ombakaha...

Aus dem Ruhrrevier.

Im Ruhrgebiet waren am Mittwoch etwa 45.000 Mann... gefahren. Ueber 200.000 Vergante standen im Streik.

Die Meldung, daß Handelsminister Müller in das Streik... gebiet reisen werde, bestätigt sich nicht.

Obwohl besondere Ruheübungen nicht zu verzeichnen sind, ist... im ganzen Bezirk die Polizeistunde meist auf 10 Uhr fest...

Für die streikenden Bergleute im Ruhrrevier

Table with 2 columns: Item and Amount. Includes 'Gesammelt in der Banarbeiterschulskommission' and 'Gesammelt Postfest bei Malgahn'.

Redaktion der 'Vollswacht'. Für die Bergarbeiter in Neurode sind noch ein... gezeichnet: Vom Schneider-Verbande 6.10 Mk.

Meteorologische Beobachtungen der Königl. Universitäts-Sternwarte.

Table with 4 columns: Date, Time, and Weather conditions. Includes 'Januar 18. 19.', 'Nacht 2 Uhr', 'Abends 9 Uhr', 'Morg. 7 Uhr'.

Landesamtliche Nachrichten.

Beleuchtungs-Verordnungen. III. Beleuchtungs-Verordnungen. Ernst Dornit, ev., Buchenstraße 12, und Angelika Janda, ev.,...

Geburten.

IV. Tapediermeister Fritz Schnell, ev., T. - Filzhutmacher Karl Knye, ev., T. - Mechaniker Fritz Schul...

Todesfälle.

III. Stationsvorsteherstrau Emma Gebel, geb. Pirschfeld, 46 J. - Paul, S. des Arbeiters Wilhelm Burchard...

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Gewerkschaftshaus. Donnerstag, den 19. Januar. Gaudels-, Transport- und Verkehrsbereiter. Abends 8 Uhr:

Freitag, den 20. Januar. Große Volksversammlung. Abends 8 Uhr im großen Saale.

Sonntag, den 21. Januar. Zimmerer-Verband. Abends 8 Uhr: General-Versammlung.

Montag, den 22. Januar. Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands. Abends 8 Uhr:

Dienstag, den 23. Januar. Freie Turnerschaft. Abends 8 Uhr: General-Versammlung.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt I (Grobhäger Vorstadt). Bezirk 120. (Grobhäger). Sonntag, den 22. Januar, Vormittags 10 Uhr: Jahrestagung...

**Bezirks III u. IV (Bödelwitz).** Alle Parteigenossen werden aufgefordert, **Donnerstag, den 19. Januar, Abends 8 Uhr, im Lokal A.** zu erscheinen. Wahl eines Bezirksführers liegt vor.  
**Bezirks III (Ober-Vorkabel).**  
**Bezirks IV.** Donnerstag, den 19. Januar, Abends 8 1/2 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokal. Wegen einer wichtigen Sache haben alle Genossen pünktlich zu erscheinen.  
**Bezirks V u. VI.** Sonnabend, den 21. Januar, Abends 8 1/2 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokal. Wegen einer wichtigen Sache haben alle Genossen pünktlich zu erscheinen.  
**Bezirks VII (Schweidnitzer, Ohlauer und Streblener Teil).** Die Bezirksführer, die die Bücher noch nicht abgeliefert haben, werden ersucht, das bald zu tun.  
**Bezirks VIII (Jünnere Stadt).** Die Abrechnung findet erst am 27. Januar statt. Abrechnung vom Stiftungsfest. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.  
**Gräßchen. Arbeiter-Radfahrer-Verein.** Jeden Sonntag Vereinsabend. Aufnahme neuer Mitglieder.

**Freiburg. Freie Turnerschaft.** Sonnabend, den 21. Januar, Abends 8 Uhr: „Gründungsfest“ im Gewerkschaftshaus in Potsdam, bestehend in turnerischen Aufführungen, Theater, humoristischen Vorträgen, Pyramiden und Tanz. Eingeladene Gäste haben Zutritt. Um zahlreichen Besuch bittet.  
**Groß-Rosen. Arbeiter-Radfahrer-Verein.** Sonnabend, den 21. Januar, Abends 8 Uhr: Vereinsversammlung bei Herrn Jung. Pünktliches Erscheinen erwünscht.  
**Hädelicht. Steinarbeiter-Verband.** Die am 22. d. Mts. angekündigte Versammlung findet nicht statt, da Herr Trachsel sein Wort zurückgezogen hat und den Saal nicht zur Verfügung stellt. Die Kollegen werden ersucht, sich zahlreich bei der Striegauer Versammlung zu beteiligen.  
**Piegnitz. „Freie Turnerschaft“.** Sonnabend, den 21. Januar, Abends 8 Uhr: „Rappen-Kränzchen“ im Restaurant „Sonsfont“, Paagstraße 7. Mitglieder zahlen 30 Pf., Gäste 60 Pf., Damen frei. Karten für Gäste im Vorverkauf im Restaurant „Sonsfont“. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Das Komitee.

**Bunzlau. Arbeiter-Radfahrer-Verein.** Sonnabend, den 21. Januar: Großer öffentlicher Maskenball in den „Drei Kronen“. Eintritt 60 Pf., Tanz 60 Pf.  
**Bunzlau. Mauer.** Sonnabend, den 21. Januar, Nachmittags 5 1/2 Uhr: Versammlung in der „Soffnung“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Zahlreichen Besuch erwartet.  
**Gr. Kranschen. Wahlverein Bunzlau-Löben.** Sonnabend, den 21. Januar, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Herrn Gastwirt May in Looswitz. Zahlreichen Besuch erwartet.  
**Brieg. Zimmerer.** Sonnabend, den 21. Januar, Abends 6 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Herrn Pfl. Gartenstraße. Das Erscheinen sämtlicher Verbandsmitglieder ist dringend notwendig.  
**Posen. Versammlungsortal: Sommer, Schwigstraße 10.** Metallarbeiter. Sonnabend, den 21. Januar, Abends 8 Uhr: Versammlung. Bericht von der Bezirkskonferenz. Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig.

# Für die Bergleute des Ruhrreviers!

Am Freitag, den 20. Januar, abends 8 Uhr,  
 wird die Breslauer Arbeiterschaft zu diesem Streik in einer

# Grossen Volksversammlung

im „Gewerkschaftshaus“ Stellung nehmen. Das Referat in dieser Versammlung hat **Redakteur Robert Albert** übernommen.

## Arbeiter Breslau's!

Erscheint in Massen! Bekundet eure Solidarität für die Bergleute des Ruhrreviers!

Das Eintrittsgeld von 10 Pfg. wird den Streikenden überwiesen.

Zu dieser Versammlung sind auch die Mitglieder der christlichen und Hirsch-Duncker'schen Organisationen eingeladen.

**Der sozialdemokratische Verein.**

**Das Gewerkschaftskartell Breslau.**

Am 17. d. Mts., früh 10 Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden an der Proletarierkrankheit meine liebe Fran. Mutter, Schwiegertochter und Schwägerin,  
**Pauline Sachwitz geb. Trippner**  
 im Alter von 64 Jahren 9 Monaten.  
 Dies zeigt tiefbetrübt an  
**Ernst Sachwitz**  
 im Namen der Hinterbliebenen.  
 Beerdigung: Freitag nachm. 1 Uhr.  
 Trauerhaus: Seitengasse 9.

**Stadt-Theater.**  
 Donnerstag:  
 „Carmen“  
 Freitag:  
 „Die Frau vom Meer.“  
**Lobe-Theater.**  
 Donnerstag:  
 „Der Familientag.“  
 Freitag:  
 „Frühlingluft.“

Zum Kampf um die Volksschule  
 Soeben erschienen:  
**Die preussische Volksschule und die Sozialdemokratie**  
 von **Dr. Leo Arons**  
 mit einer Einleitung „Schulfrage und Klassenkampf“ von **Dr. Max Quarcq**  
 Agitations-Ausgabe 20 Pf.  
 Verlag der Sozialistischen Monatshefte G. m. b. H., Berlin SW. 19.  
 Zu beziehen auch:  
 Buchhandlung „Volkswacht“, Breslau und deren Kolporteurs.

Telephon 2050.  
**Theodor Muszynski**  
 Tischlermeister Beerdigungs-Anstalt  
**Gräßchenstrasse 40**  
 empfiehlt neu eingeführte Beerdigungen für  
 35 Mk. Gekohlter Sarg mit Beschlägen, Leichenkleidung, Katafalk mit Leuchter, Kerzen, 4 Wagen.  
 65 Mk. Ganzgeholter Sarg mit feinen Beschlägen, Kugelhäuten, Steppdecke, Jacke, Katafalk, Leuchter, Kerzen, 5 Equipagen.  
 75 Mk. Imitierter Sarg, Steppdecke, Jacke, Katafalk mit Leuchter, Kerzen, Pflanzendekoration, 5 Equipagen.  
 103 Mk. Feiner imitierter Metallsarg, Steppdecke, Jacke, Katafalk mit Leuchter, Kerzen, Pflanzendekoration, 8 Equipagen.  
 165 Mk. Echt eichener Sarg, naturpoliert, Steppdecke, Jacke, Katafalk mit Leuchter, Kerzen, Pflanzendeck, 8 Equipagen, 1 Lobndiener.  
 Leichentransporte erledige schnellstens u. billigst.  
 Telephon 2050.

Sozialdemokratisches **Liederbuch**  
 von **Max Kegel**.  
 Preis 40 Pfg.

„In freien Stunden“.  
 Illustrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfennige.  
 Durch die Expedition und Kolporteurs zu beziehen.

Jeder Sozialdemokrat muß „Das kommunistische Manifest“ mit Vorreden von **Karl Marx und Friedrich Engels** gelesen haben.  
 Das Manifest ist die bedeutungsvollste Schrift der sozialistischen Literatur. Trotz der 50 Jahre Zeitfortschritt haben die darin aufgestellten allgemeinen Grundsätze im ganzen heute noch ihre Wichtigkeit; und die hier in unerreichter Reife und programmatischer Kürze entwickelte Marx-Engels'sche Auffassung ist heute die wissenschaftliche Grundlage der sozialistischen Parteien aller Länder geworden.  
 Preis 15 Pfg.  
 Erhältlich durch alle Kolporteurs und die Buchhandlung „Volkswacht“, Breslau, Neue Graupenstraße 5/6.

Neu erschienen!  
**Das Arbeiter-Recht**  
 von **Arthur Stadthagen**.  
 Vierte revidierte und vermehrte Auflage.  
 Stadthagens Arbeiterrecht ist ein billiger und zuverlässiger Arbeiteranwalt und sollte daher in keinem Hause fehlen.  
 Der Preis für das gebundene Werk ist 7 Mk., dasselbe ist auch in 28 Heften à 20 Pf. zu beziehen.  
 Erhältlich durch die Expedition und Kolporteurs.

Soeben erschienen:  
**Das erste Lebensjahr.**  
 Wie ernähren und pflegen wir den Säugling?  
 Von **Dr. R. Silberstein**.  
 Preis 20 Pfg.  
 Durch die Expedition und Kolporteurs erhältlich.

    
 Heute eintreffend:  
**Eine neue Sendung frischer Seefische.**  
 Außerdem empfehlen wir:  
**Grosse grüne Heringe Pfd. 15 Pfg.**  
**D. D.-F.-G. „Nordsee“**  
 Schmeldebrücke 19 und Stadtbahnhöfen.

Der Riesenkampf der Bergleute.

Weiter und weiter frißt der Brand! Schon haben 200.000 Knappen der Grube, aus der sie so lange geduldig das schwarze Gold zu Tage gefördert, tapfer den Rücken gelehrt. Ein wahrer Weltkrieg der Arbeit gegen das Kapital! Bis tief hinein in die bürgerlichen Kreise regt sich der Unmut über die Schreckensherrschaft des Kohlenyndikats, das das ganze Untertunentum in diktatorische Zentralgewalt organisiert hat, das selbst nur als Organisation redet, das aber die Organisationen der Arbeiter nicht anerkennt und nur mit dem einzelnen Arbeiter über Arbeitsbedingungen verhandeln will — dieses Untertunentums, das die Einrechnung der Seilfahrt in die Schichtzeit ablehnt, weil man alsdann neue Arbeitermassen heranziehen müsse, die ungelernst seien und die Betriebsicherheit gefährden; im gleichen Atemzug aber zieht diese Gesellschaft polnische Streikbrecher heran, die nie ein Bergwerk gesehen haben. Man fühlt in der bürgerlichen Welt, daß das Treiben des Syndikats den Sozialismus selbst in der Wurzel zu zerstören und hernun wieder den vom Kohlenyndikat gepeinigten und verhöhten Proletariern einige Sympathien zu.

Aber auch nichts weiter! Die tatkräftige Hilfe finden die Bergleute nur bei den Sozialdemokraten! Mit vollem Recht fragt der „Vorwärts“:

Wo bleibt die Hilfe?

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie hat sofort nach Proklamierung des allgemeinen Ausstandes den Ruf zur Sammlung von Unterstützungsgeldern ergehen lassen.

Der Antrag der sozialdemokratischen Sammlung kommt ohne Unterschied der Organisation allen Streikenden zu gute, auch den Zentrumsarbeitern und Christen-Unionisten.

Man verhalten sich die christlichen Arbeiter zum Zentrum, die Christ-Unionisten zum Freisinn, wie die freien Gewerkschaften zur Sozialdemokratie.

Es ist also auch Pflicht des Zentrums und des Freisinns, die ihnen angebotenen Organisationen zu unterstützen.

Wenn es denn wahr ist, und nicht elendeste Heuchelei, daß sie es Ernst meinen mit der Arbeiter-Organisation, so müßten Zentrum und Freisinn unverzüglich sich unserer Sammlung anschließen.

Dies ist die Probe aufs Exempel. Hier handelt es sich um eine für alle Folgezeiten entscheidende Stellungnahme. Der Beweis der Arbeiterfruchtbarkeit ist jetzt zu erbringen!

Wird Zentrum und Freisinn es wirklich der Sozialdemokratie allein überlassen, die christlichen Arbeiter und die Christ-Unionisten zu unterstützen?

Bisher leben wir nichts von Sammlungsaufrufen in der Zentrumspresse und in freisinnigen Organen!

Die „Germania“, die bisher hilflos geschwankt und Versuche gemacht hat, scharfmacherisch von sozialdemokratischer Verheerung zu reden, entschließt sich freilich neuerdings zu sehr derben Worten gegen das Kohlenyndikat, dessen Verhalten es „geradezu als eine Aufreizung der Arbeiter zu Gewalttätigkeiten, somit als Verstoß gegen den § 130 des Strafgesetzbuches bezeichnet“. Aber das sind Worte! Wo bleiben die Taten?

Und die freisinnigen Blätter entschließen sich nicht einmal zu kräftigeren Worten!

Die Situation ist verhängnisvoll namentlich für das Zentrum, Diesmal muß es Farbe bekennen. Im Ruhrrevier kämpfen Christ-

liche und sozialdemokratische Arbeiter Schulter an Schulter — werden die christlichen Arbeiter werklätige Unterstützung wirklich nur bei der Sozialdemokratie finden?

Erfolgslose Verhandlungen.

Die Verhandlung zwischen den Vertretern der Regierung und der Kommission der Bergarbeiter dauerte von Dienstag Nachmittag 4 bis 8 Uhr. Anwesend waren Oberberghauptmann v. Belsen, Bergauptmann Baur und noch drei Kommissare. Die Kommission der Bergarbeiter war vollzählig. Die Forderungen wurden Punkt für Punkt durchgesprochen und von den Vertretern der Bergarbeiter ausführlich begründet.

Die Regierungsvertreter verlangten Beweise für die einzelnen Behauptungen der Bergarbeiter.

Man kann das der Regierung auch nicht verdenken, da man von ihr nicht verlangen kann, daß sie sich über die seit Jahren erhobenen Beschwerden einer Viertel-million Bergarbeiter unterrichtet hätte.

Zu mehr als einer Information kam es nicht. Außer dem Oberbergauptmann sprach keiner der Kommissare auch nur ein Wort!

Mittwoch und Donnerstag soll eine „Verhandlung“ mit den Unternehmern versucht werden.

Der Kohlenkönig Stinnes, der Führer der Millionäre, hat per Cirkular mitgeteilt, daß er zu Verhandlungen nicht erscheine! „Aber wenn es 100 Millionen kosten sollte.“

Heberspringende Funken?

Schleifliche Blätter melden aus Kattowitz: Der Generalausstand im Ruhrrevier zieht seine Folgen schon bis Oberschlesien. Die ein Telegramm auf Kohlenbestellungen. Gestern gingen einige Tausend Zentner Kohlen nach dem Streikgebiet ab. Weitere Sendungen folgen in den nächsten Tagen.

Sonstige Bestimmungslöcher bemerken dazu: Danach ist zu befürchten, daß der Ausstand im Ruhrrevier seine Wellen bis zu uns schlägt, denn die ober-schlesischen Bergarbeiter werden sich schwerlich zu diesem indirekten Streikbruch hergeben. Postamtlich wird hier zeitweilig Remedur geschaffen.

Weiter wird aus der Niederlausitz gemeldet: Auf den Colibri-Grubenwerken, Grube „Anker“ bei Cossebau (Niederlausitz), der Deutsch-Polnischen Kohlenhandels-Gesellschaft n. S. S. ist wegen Kohlenstreik ein Streik ausgedrochen.

Auch im Auslande macht sich der Streik bei eils fühlbar. Aus Newcaßle wird telegraphiert: Der Ausstand in dem westfälischen Kohlenrevier hängt an, den Kohlen- und Frachtenmarkt hier zu beeinflussen. Der Kohlenhandel vor aufgeregt, die Preise stellen sich heute höher, speziell für Punterkohlen, die in einigen Fällen um einen Schilling per Tonne stiegen.

Arbeiterquäl als Polizisten!

Allgemein wird von den Arbeitern Klage geführt, daß auf den Forderungen die Beamten mit Polizeigewalt ausgestattet und bewaffnet werden. Gerade die schlechte Behandlung der Arbeiter durch die Beamten hat außerordentlich viel zur Unzufriedenheit beigetragen. Die Arbeiter empfinden es als Hohn, daß man diejenigen, gegen deren Behandlung ihre Klagen sich richten, noch mit Polizeigewalt ausstattet.

Ueber diese Beamten sieht sich sogar die „Germania“ gezwungen, zu beschweren. Das Zentrumsorgan schreibt in einem langen Artikel u. a.:

Die Beziehungen zwischen den Arbeitern und den Beamten sind nur selten angenehm. Die Ursache der unangenehmen Beziehungen zwischen den Beamten und den Arbeitern liegt lebhaft in der Behandlung, die die Beamten den Arbeitern angedeihen lassen.

Bei der Bemessung der Gehälter hat der Beamte die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Interessen des Wertes nach Möglichkeit ge-

wahrt werden. In den Besprechungen der leitenden Beamten unteren, den Betriebsbeamten, den Stellvertretern usw. dreht sich der Gedanke fast nur darum, wie die Produktion gehoben und die Kosten verbilligt werden können. Dies treibt die Beamten an aller Kraft darauf hinzuwirken, daß die Produktion stetig und in großen Mengen herabgesetzt werden.

Es gibt Forderungen, auf denen die Beamten festgesetzt werden. Die Maßnahmen des Kohlenyndikats eine volle Ausnutzung der Förderfähigkeit nicht gestatten, dann werden die Löhne möglichst weit herabgebrückt, bis der Arbeiter seinen Abchied nimmt, um sein Glück auf anderen Forderungen zu versuchen. Der Steiger ist es nun, der die fortwährenden Anregungen des Direktors und des Betriebsbeamten gewungen sieht, die Gehälter so weit herabzusetzen wie die Arbeiter sie sich gefallen lassen, ohne ihre Abkehr zu erwirken. Erschwerend kommt dabei in Betracht, daß auch die Gehälter der unteren Beamten meistens nicht so hoch sind, daß nicht ein oft licher Teil der Bauer höhere Einkünfte hat. Das bringt die Beamten an der Ansicht, daß die Arbeiter nicht mehr zu dienen brauchen.

Es gibt Forderungen, auf denen die Beamten festgesetzt werden. Die Maßnahmen des Kohlenyndikats eine volle Ausnutzung der Förderfähigkeit nicht gestatten, dann werden die Löhne möglichst weit herabgebrückt, bis der Arbeiter seinen Abchied nimmt, um sein Glück auf anderen Forderungen zu versuchen. Der Steiger ist es nun, der die fortwährenden Anregungen des Direktors und des Betriebsbeamten gewungen sieht, die Gehälter so weit herabzusetzen wie die Arbeiter sie sich gefallen lassen, ohne ihre Abkehr zu erwirken. Erschwerend kommt dabei in Betracht, daß auch die Gehälter der unteren Beamten meistens nicht so hoch sind, daß nicht ein oft licher Teil der Bauer höhere Einkünfte hat. Das bringt die Beamten an der Ansicht, daß die Arbeiter nicht mehr zu dienen brauchen.

Man wird, wenn man die Verhältnisse im Ruhrrevier betrachtet, diese Verhältnisse nicht außer acht lassen dürfen. So lang Stellung der Beamten nicht von Grund aus geändert wird, so sie nicht sind als die widerstandsfähigen Organe der Leitung, so in der ersten Reihe zur Ausbeutung der Arbeiter zu Gunsten der Aktionäre benutzt, so lange wird nicht erwarten können, daß die Beamten einen vermittelnden Einwirkung zwischen den Interessen des Unternehmertums und der Arbeiter üben können; so lange werden sie weiter die Puffer abgeben müssen gegen die die beiderseitigen Interessen anrennen.

Offenbar stammen diese Mißstände nicht „hepeterischer“ Seite. Die Scharfmacherorgane sind nur leicht geneigt, jede objektive Schilderung der traurigen Verhältnisse, die der Wahrheit entspricht, als „hepeterischer“ brandmarken.

Die Löhne der Bergarbeiter.

Der bergbaurliche Verein für den Oberbergamtsbezirk Dortmund hat die Lohnforderungen der Bergarbeiter des Ruhrreviers mit Begründung abgelehnt, daß die Löhne von der allgemeinen Geschäftslage und den Absatzverhältnissen des Kohlenbergbaues abhängen, da diese ungünstige wären, die Bergengesellschaften sich nicht zur willkürlichen Erhöhung der Löhne verpflichten können. Sicherlich bestehen im Kohlenbergbau, da dessen technische Ausgestaltung in den letzten Jahren weit schneller vorgeschritten ist als der Bedarf, mancherorts Schwierigkeiten; aber infolge der Hochhaltung, der Kohlen-Kostenpreise durch das Rheinisch-westfälische Kohlenyndikat, trotzdem die Bergengesellschaften hohe Gewinne ein. Wie groß diese sind, hat trotz der angeblichen „Kollage“ die von den maßgebenden Bergwerksgesellschaften des Ruhrreviers nach reichlicher Abschreibung verteilte Durchschnittsdividende im letzten Geschäftsjahre über 19 Prozent betragen — gewiss ein recht beträchtlicher „Enthaltungslohn“ für die Aktionäre. Jedenfalls ist wie ein Vergleich der Erlöspreise des Kohlenyndikats und der Hochgewinne mit den Arbeitslöhnen zeigt, die aus der ungenügenden Mehrarbeit der Bergleute stammenden Kostenprophete und gleich stärker gestiegen, als die Jahre 1894/1900. Die Schichtlöhne der Arbeiter. In den Jahren des Aufschwunges von 1894/1900 haben sich allerdings auch die Löhne Bergleute gehoben, wenn auch lange nicht in gleichem Maße wie Gewinne der Bergwerksgesellschaften, die vielfach in jenen Jahren um das Fünffache und Sechsfache gestiegen sind; aber nach dem Einbruch der Krise gingen die Arbeitslöhne, während die Kohlenpreise zunächst noch stiegen, schnell zurück und haben heute nicht immer nicht wieder die Höhe des Jahres 1894 erreicht.

Von der aus den Kreisen der Forderungsverwaltungen inspirierten Presse wird allerdings behauptet, daß die Löhne längst wieder den Niveau des Jahres 1899 erreicht hätten und sich bereits dem Stand vom Jahre 1900 näherten; schon ein flüchtiger Blick auf die amtliche Lohnstatistik für den Oberbergamtsbezirk Dortmund lehrt das Gegenteil. Es betragen die Löhne für:

Aus aller Welt.

In höchster Not. Die Leiden der Mannschaft des Dampfers „Vogel“, über dessen Untergang wir bereits berichtet, schließt der zweite Matrosen in folgender Weise: Vom Weihnachtsfest bis zum 6. Januar, dem Tage ihrer Aufschwimmung, trieb die Mannschaft in einem offenen Boot auf dem Meere umher. Der Vorrat an Schiffszwieback und Wasser war am 31. Dezember erschöpft, und von diesem Tage an litt sie entsetzlich unter Hunger und Durst. Am 3. Januar starb ein Matrosenfeuerwerker; ein norwegischer Seemann, der vollständig wahnsinnig geworden war, versuchte den Leichnam mit einem Messer anzuschneiden, um das Blut in einer leeren Konserven-Milchdose aufzufangen. Er wurde von den übrigen Leuten zurückgehalten, die den Leichnam über Bord warfen. Der Wahnsinnige verfiel jedoch in Tobsucht und mußte an eine Kette gebunden werden. Kapitän Minot bewachte während der schrecklichen Tage sein Ansehen, er konnte aber nicht verhindern, daß die Mannschaft Seewasser trank. Er und der zweite Matrosen besaßen nur ihre Lippen mit Seewasser, sie hatten nicht in der schrecklichsten Weise zu leiden. Den Tag vor ihrer Rettung kamen sechs von der Mannschaft aberein, das Los entscheiden zu lassen, wer seine Kollegen retten sollte. Der Kapitän und sein Matrosen versuchte die Leute zu bewegen, ihr Vorhaben bis zum andern Tage zu verschieben; aber gleich darauf wurde bestimmt, daß der Norweger, der noch immer angebunden war, geschlachtet und gegessen werden sollte. Nur mit Mühe gelang es dem Kapitän, die Mannschaft bis zum andern Tage zu vertrießeln. Schon sollte der schreckliche Beschluß ausgeführt werden, da kam die „Mercedes“ in Sicht und rettete die Schiffbrüchigen.

Studenten als Messerhelden. Im Löwenbränkel in München gab es kürzlich eine Messerfehde unter Studenten — ein in München bisher unerhörtes Vorkommnis. Der Student der Zahnheilkunde Hans Friedrich Neumann, Lehrling a. D. aus Berlin, verlegte nach einem heftigen Wortwechsel dem am gleichen Tisch sitzenden Studenten der Tierärztlichen Hochschule Benzold zwei lebensgefährliche Stiche in den Rücken. Der Täter wegen des Publikums in Schutz genommen werden, daß ihn zu fassen nicht dröht.

Vom englischen Wetter. Während einer heftigen Schneesturm sanken an der Küste mehrere Schiffe, man beklagt viele Verluste an Menschenleben. Vor der Insel Wigh sank ein kleiner französischer Segler; seine Mannschaft ist vor den Augen der Zuschauer ertrunken. Fortgesetzt laufen weitere Nachrichten über Schiffsunfälle ein, die zum Teil kleinere Fahrzeuge betreffen. — Die Blätter geben Einzelheiten über den durch den Sturm in ganz England angerichteten Schaden. Am 16. Januar war die telephonische Verbindung mit der Provinz unterbrochen. Die Flüge in Nordengland und Schottland konnten nur teilweise verkehren wegen der niedrigen angelegenen umgehenden Schneemassen. Der deutsche Dampfer „Proaris“ ist auf Grund geraten und scheint vollständig verloren zu sein.

Ein Beamter mit 36 Kindern. Ein kürzlich in Stawitz in Böhmen im Alter von 97 Jahren verstorbenen Kanalarbeiter hinterließ aus vier Ehen 36 Kinder. Alle leben noch.

Aus dem Gefängnis in das Gefängnis. Einen Kampf mit einem Einbrecher hatte in der Nacht zum Sonntag der Arbeiter Richard St. in Berlin zu bestehen. Als er um 9 Uhr mit Frau und Kind heimkehrte, fand er zu seiner Überraschung, daß alle Verhältnisse in der Wohnung erbrochen waren. Mitten in der Stube lag ein Bündel mit Kleidungsstücken, Wäsche und Schmuckstücken, die ein Einbrecher zum Mitnehmen zurückgelassen hatte. Richard wurde St. von hinten gepackt und an der Kehle gestrichelt. Der Überfallene setzte sich zur Wehr und rief um Hilfe. Hausgenossen, die herbeieilten, überwältigten den Einbrecher und übergaben ihn der Revolverpolizei. Diese stellte ihn als den 29 Jahre alten Gärtnler Karl Schiebel fest, der wegen Einbruchs schon mehrmals bestraft ist und erst kürzlich aus dem Gefängnis entlassen wurde. Er mar, als er den Wohnungsinhaber kommen hörte, unter das Bett gekrochen in der Hoffnung, noch entkommen zu können, hatte St. aber überfallen, als er merkte, daß dieser die Tür verschließen wollte.

Das Verbrechen. Der frühere Viecheldweibel Bernhard, der am Weihnachtsabend seine Geliebte, die verehelichte Frau Bittcher, ermordete und, wie wir meldeten, am Sonntagabend, als er sich freiwillig stellte, verhaftet wurde, gestand, wie jetzt aus Köln berichtet wird, daß er auch nach seiner Verurteilung mit der Ermordeten in stetem Briefwechsel gestanden habe, der durch die Mutter der Ermordeten vermittelt wurde. Am Weihnachtstage wollten beide sich im Hause der Mutter treffen, um das vor Jahresfrist am ersten Weihnachtstage gefeierte Verlobungsgeld zu erneuern. Als Bernhard, der von Potsdam, in Mülheim a. Rh. eintraf, besaß er sich mit Frau Bittcher auf die Mülheimer Schiffbrücke, wo beide die Verlobungsringe austauschten. Dann unternahmen sie einen Spaziergang nach der Mülheimer Höhe. Hier erschoss Bernhard die frühere Geliebte, wobei auch er durch einen Schuß in den Fuß geringfügige Ver-

letzungen erlitt. Ein Student war bei seinem Tod. In den Besprechungen der leitenden Beamten unteren, den Betriebsbeamten, den Stellvertretern usw. dreht sich der Gedanke fast nur darum, wie die Produktion gehoben und die Kosten verbilligt werden können. Dies treibt die Beamten an aller Kraft darauf hinzuwirken, daß die Produktion stetig und in großen Mengen herabgesetzt werden.

Hamburg nach Berlin. Der wurde er schließlich von seiner Familie bestimmt, sich der Polizei zu stellen. Bernhard leidet an Herzkrankheit und lebt an, er sei von dem „Weißbrot“ getaucht worden und habe in sinnloser Wut zur Waffe gegriffen.

Wenigstens hat der Kaiser. Ein Quadratkopf Menschenhaube brachte in London 64.50 Mark. Die aufstrebend authentische Geschichte zu dieser Reliquie stellte fest, daß vor 300 Jahren ein bänischer Seefahrer gefangen genommen wurde, als er gerade die Hadfische in Essex zerhörte. Die Reliquie stechen ihn und zogen ihm die Haut ab, und nach dem damaligen Brauch nagelten sie sie an die Bretter der Warnung für Tempelständer. Als im Jahre 1841 eine Urkunde entworfen wurde, wurde das jetzt verkaufte Stück abgesetzt und gelangte in die Sammlung eines Mr. G. N. Raynolds, der die Echtheit dieser Reliquie feststellte.

Was hat die Gold-Luna Amerikas gekostet? Die Frage beantwortet eine italienische Zeitschrift nach den Dokumenten die sich im Archiv der Stadt Verona befinden. Christoph Columbus bezog ein Gehalt von 1600 Lire jährlich; die beiden ihm begleitenden Kapitane erhielten je 900 Lire. Der Sold der Mannschaft betrug 12 1/2 Lire monatlich für den einzelnen. Die Ausstattungsgegenstände für die Expedition beliefen sich auf 14.000 Lire. Die Ausgaben für die Expedition, auf der Amerika entdeckt wurde, überschritten im ganzen nicht 36.000 Lire.

Die deutsche Kunst blüht! Neben den Kaiser- und Fürstenbildnissen jeder Art und in allen Dimensionen sind es Bildnisse von Malern, die den „Ruhm“ der deutschen Kunst verkleinern nach Angaben, die aus der dritten Auflage des Bismarck-Bundes gemacht wurden, beträgt die Zahl der eingetragenen Bismarck-Bildnisse 194; in Arbeit und geplant sind weitere 48. Die Zahl der Bismarck-Bildnisse und -Säulen stellt sich auf 106; im Bau begriffen und geplant sind 99. Das sollte insgesamt genügen!

Ein heiliger Mann. Im „Neuen Mannheimer Volksblatt“ findet sich folgendes Interat:

Suchbindergehilfe. (20 Jahre alt), sucht Stellung; derselbe begnügt sich mit 5 M. Wochenlohn und Beköstigung (ohne Logis). Gest. Offerten unter Nr. 1109 an die Expedition d. Bl.

Das „Neue Mannheimer Volksblatt“ ist wöchentlich katholisch und wird recht eifrig von arbeiterfreundlichen Pfaffen geleitet. Der junge Mann wird diesem Blatte die Lehre gelehrt haben, daß es „christlich“ ist, wenn man sich mit 5 M. W. einlohn z. begnügt und so der Lohn der eiferigen Fortschritt leistet. Die Dampfmaschine in diesen Fällen gebührt selbstverständlich der „Anklärungsarbeit“ des Zentrums.

Jahr	Unterrichtl. beschäftigte eigentliche Bergarbeiter (Ausbau und Vorbereitung)		Sonstige unterrichtl. be- schäftigte Arbeiter (Grubenbau und Nebenarbeiten)	
	Nr. 1 Schicht	Jahres- erwerb- verdienst	Nr. 1 Schicht	Jahres- erwerb- verdienst
	M.	M.	M.	M.
1894	2.73	1.102	2.61	805
1895	2.75	1.114	2.65	816
1896	2.90	1.203	2.72	862
1897	4.32	1.328	2.88	926
1898	4.55	1.387	3.00	964
1899	4.84	1.491	3.16	1.027
1900	5.16	1.592	3.26	1.096
1901	4.98	1.447	3.35	1.024
1902	4.57	1.244	3.22	955
1903	4.64	1.411	3.27	1.017
III. Viertel 1904	4.77	—	3.32	—

Allerdings steht, wie die Tabelle zeigt, der Schichtlohn der unterrichtl. beschäftigten Ausb.- und Nebenarbeiter (Schlepper, Dreher, Förderer etc.) etwas höher als 1899, da aber im letzten Jahre viel häufiger Preisrückgängen eingeleitet worden sind, stellt sich trotzdem der Jahreslohn niedriger. Dabei kommt aber in Betracht, daß seit 1901 die Wohnungsverhältnisse und teilweise auch die Verhältnisse im Ruhrrevier nach weitem gestiegen sind, so daß der Arbeiter heute mit derselben Lohnsumme nicht so weit reicht wie 1899.

**Dem Zechenanwalt Müller**

Schreiben jetzt gar Zeitschriftenblätter folgendes aus Stammbuch:  
Die letzten Verhandlungen im Abordnungswege nötigen uns, abends schlafen, das der Herr Handelsminister Müller, der Leiter der Verhandlungen des Ministeriums war, den rechten Ton nicht finden kann. Er sagt, es dürfe im Interesse der angeordneten Untersuchung und Verhandlung nicht über die freitragenden Fragen debattiert werden, und dann hält er gegen Herrn Kraft eine Rede zur Sache, die tatsächlich eine Verteidigung der Arbeitgeberpartei darstellt. Wenn Herr Müller aus aller Mäßigkeit eine sofortige Entgegnung auf die Anklage des Herrn Kraft für notwendig hält, so dürfe er doch diese Anwaltstätigkeit vorläufig wohl den parlamentarischen Abgeordneten und dem Krabblerschen Freundeskreise überlassen. Er ist jetzt Staatsminister, und ein solcher muß doch in diesem Augenblicke, wo die Regierung Verantwortung für ihre Kommissarien verlangt, alles vermeiden, was auch nur den Schein einer Parteilichkeit und einseitiger Anklagen herbeiführen könnte. Besonders bedenklich ist es, daß der Herr Müller den Abmachungen, die zur Beilegung des Streiks von 1899 im Reichsanzwachen unter dem Eindruck der kaiserlichen Intervention getroffen waren, die bindende Kraft für die Zechenbesitzer abspricht! Das wird den diesmaligen Friedensvertrag gemäß nicht erleichtern. Wir möchten den Präzidenten des Staatsministeriums bitten, die Fortführung in dieser heissen Sache selbst zu übernehmen.

**Die ersten Erfolge.**

Auf der Zeche „Julius Philipp“ ist nach der „Voss. Zeitung“ der größte Teil der Belegschaft wieder angefahren, da die Verwaltung einige Forderungen der Arbeiter bewilligt hat; die Belegschaft will jedoch wieder in den Ausstand treten, wenn die Zechen mehr Arbeiter als sonst annehmen oder mehr Kohlen als bisher verladen sollten. Die Belegschaft will ein Drittel ihres Lohnes den Streikenden als Unterstützung zahlen. — Der „Köln. Volksztg.“ zufolge hat auch die der Firma Franz Ganspa gehörige Zeche „Rheinpreußen“ bei Homberg die Forderungen der Bergleute angenommen. Die Belegschaft beschloß darauf, daß weiter gearbeitet wird.

**Ueber die Verhandlungen**

liegen heute folgende Telegramme vor:

**Essen, 18. Januar.** Die unter dem Vorsitz des Oberbergbauamts von Seiten zwischen dem Ministeriums-Kommissaren, dem Bergbauamt und dem Vorstand des Bergarbeitervereins gepflogenen Verhandlungen dauerten bis 1 Uhr. Sie waren rein informativer Art.  
Der Bergarbeiterverein erklärte sich vor allem bereit, alle seine Mitglieder zu autorisieren, jede Auskunft über die Verhältnisse des Bergbaus zu erteilen, jede Auskunft über die Verhältnisse des Bergbaus zu erteilen, jede Auskunft über die Verhältnisse des Bergbaus zu erteilen.

Das Jüreschloß und der Park ist feindlich, die Dasei völlig bedeckt, das Eisen jedoch, das Eisen in eleganten Formen. Am Anfang der Fahrt hat mir meine Schwärze unter den Füßen. Ich hätte mich danach, fühlte plötzlich meine Hand kräftig umschlossen von meiner Schwärze, der Tochter des Hauses, und hörte die Worte: „Halt, immer geht nicht!“ (Jugend.)

Ein Kessel zerbrach. Die Hamburg-Amerika-Compagnie mit. Wie wir erfahren, ist der Dampfer „Bergala“ an der Küste von Madagaskar auf einen Felsen geraten und gesunken. Die Mannschaft ist gerettet. Das Schiff selbst hingegen leider verloren zu sein.

Ein flammendes Dorf. Aus Odenburg wird von einem Reisenden berichtet, daß eine ganze Dörferstadt zum Vierzeln. Im Dorf S. von Hause des Franz Schab, entstand ein unbegreifliches Feuer. Durch den ordnungsgemäßen Einmarsch wurden die Häuser nach allen Richtungen hingetragen, so daß in wenigen Augenblicken das ganze Dorf in Flammen stand. In einer Richtung war gar nicht zu denken. Zahlreiche Familien sind obdachlos.

Seemannsleben. Aus Osnabrück wird gemeldet: Für Matrosen des deutschen Dampfers „Blitz“ fürchten, als sie von Land an Bord zurückkehrten, ins Meer zu ertrinken.

Vom Automobil. Der Automobilfabrikant Herr Opel ist mit seinem Automobil auf der Straße zwischen Niddaheim und Gießen unterwegs gegen eine Leberkrankheit gelitten. Die Ärzte flohen hinaus; der Chirurg erlitt lebensgefährliche Verletzungen und wurde nach Mainz ins Spital gebracht, wo er sofort einer Operation unterzogen werden mußte. Opel selbst ist geringfügig verletzt.

Die Folgen des Eissturms. Wie der „All. Bz.“ berichtet, sind in der Gegend mit einem gewaltigen Schichten bei Gießen über die Arden, wobei er abwärts auf eine leicht bedeckte Fläche — Platte genannt — geriet. Beide Pferde und der Schütze verlor den seinen Augen. Er selbst konnte sich retten, doch blieben seine Verletzungen, die Pferde von den Strängen zu trennen, erfolglos. — Bei Reutheim liefen junge Leute auf dem überhöhenmännlichen Gelände des Reutheimer Schiffschutzes, als drei von ihnen vor den Augen der übrigen in eine Blanke saßen und sofort unterzogen. Die Rettungsversuche hatten nur den Erfolg, daß drei Leichen geborgen wurden. Die drei Entomologen sind Bergarbeiter aus Havelberg im Alter von einigen 20 Jahren.

nisse der Zechen in ungenügender Weise zu erteilen. In den morgigen Verhandlungen in Dortmund nimmt der Bergarbeiterverein teil. Dort soll den Vertretern der Arbeitgeberorganisation Gelegenheit gegeben werden, alle Beschwerden gegen die einzelnen Zechen vorzubringen. Darauf werden die Beschwerden Punkt für Punkt in Verhandlungen mit den betreffenden Zechen geprüft werden. Freitag Vormittag 10 Uhr findet im Bochum eine Versammlung statt, in der die Ergebnisse der bis dahin geführten Verhandlungen bekannt gegeben werden sollen.

**Essen, 18. Januar.** Das Ergebnis der Konferenz der Zechenbesitzer, die unter dem Vorsitz des Gef. Bergrats Krabber heute stattfand, soll, laut Beschluss, vorläufig geheimgehalten bleiben.

**Essen, 19. Januar.** Der Handelsminister Müller tritt, der „Voss. Bz.“ zufolge, heute in Essen ein.

**Unsterbliches Verhalten der Streikenden.**

Bürgerliche Blätter, soweit sie nicht von der Unverschämtheit der „Schlef. Bz.“ angesteckt sind, berichten über das Verhalten der Streikenden:

**Gelsenkirchen, 19. Januar.** Die Sympathie der Bürgerschaft wendet sich immer mehr den Arbeitern zu, zumal deren Verhalten musterhaft ist. Die eigene Arbeiterpolitik genügt fast überall, um die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Der Bürgermeister von Witten erklärte vor einer Belegschafts-Versammlung, er verzichte auf die Verstärkung der Polizei bzw. Gendarmerie.

Tropfalle dem langfristigen die „Schlef. Zeitung“ auch heute wieder Nachrichten über die Verhandlungen Arbeitwilliger durch Streikende aus den Fingern: „Im Teufel über diese eskalierende Moral!“

**Auf der Suche nach Streifbrechern.**

**Mährisch-Odrau, 18. Januar.** Im hiesigen Kohlenrevier sind Abgesandte der Grubenbesitzer des Ruhrgebietes eingeschifft, um Arbeitwillige anzuwerben. Ihre Bemühungen blieben bisher resultatlos, obwohl den Arbeitern freie Fahrt und höhere Löhne offeriert wurden.

**Revolver und Polizei!**

Unter dem Vorwand einer Besichtigung besuchte ein gewisser Herr die Polizeiinspektion Richard 70 Revolver und kaufte sich selbst einen solchen für 40 Mk., lieferbar bis Dienstag Abend 9 Uhr.

Auch nach Herne hat dasselbe Geschäft eine Anzahl Revolver liefern müssen.

Ein Eisener Geschäft verkaufte an einem Tage über 40 Revolver.

In Bochum sind wieder 50 Bonner Polizisten eingeschifft. Wäre man irgend jemand, was aus diese Leute im absolut ruhigen Streikgebiet eigentlich sollen?

**Der Hauptmann der Bande!**

Ganz besonders schroff geht „König“ Stinnes, der Führer der Millionäre, vor. Er hat, wie berichtet wird, einem Trupp Arbeitwilliger die Ansahrt verweigert, weil die betreffenden durch dreitägiges freiwilliges Feiern aus der Belegschaft ausgeschieden seien. Durch eingeschriebenen, unfrankierten Brief (!) hat Stinnes der Kommission von Zeche „Bruchstraße“ mitgeteilt, daß er Verhandlungen vor dem Einigungsamt ablehne.

**200.000!**

**Dortmund, 19. Januar.** (Telegramm.) Seit Mittwoch Morgen ist der Streik nahezu allgemein. Von Unternehmenseite wurde Dienstag Abend erklärt, daß vier Fünftel aller Ruhrbergleute streifen. Das wären über 200.000 Mann.

**Ein erfreulicher Unterstützungs-Eifer**

macht sich bereits in der Arbeiterschaft Deutschlands bemerkbar. Aus Essen, wo bereits über 30.000 Mk. gesammelt worden, wird berichtet:

Der Vorstand der freien Gewerkschaften und der Essener Bürgerschaft fördert geradezu unerwartet hohe Gaben. Die Verwaltung des Bochumerverbandes spendete sofort 200 Mk., die Ortskasse außerdem 50 Mk., die Zahlstelle der Holzarbeiter gab sofort 200 Mk., die Stoffkassette ebenfalls 200 Mk. Die Sektion der Hülener Bergarbeiter beschloß, bei einer Mitgliederzahl von 38 Personen, den streikenden Bergleuten 200 Mk. zu unterstützen. Die ganze Lokalkasse und der Ertrag einer einmaligen Sammlung unter den Kollegen sollen sofort abgeliefert werden, der noch restierende Betrag soll ratenweise eingeliefert und wird aufgebracht durch Erhebung eines Wochen-Extrabeitrags von 60 Pfg. auf dem Verhandlungswege. Die General-Versammlung des Metallarbeiter-Verbandes, hiesige Sektion, beschloß, den Bergarbeitern

500 Mk. zu überweisen. Diese Summe soll durch Erhebung von monatlich von 50 Pfg.-Wochenbeiträgen (bisher wurde nur einmal ein 50 Pfg.-Wochenbeitrag erhoben) wieder eingebracht werden, da die Lokalkasse diesen Betrag nicht ganz entnehmen kann. Bei dem „Allg. Beobachter“ in Essen wurden bis Montag Abend an eingegangenen Geldern quittiert insgesamt 569.05 Mk. Bei dem Gewerkschaftsamt gingen ein von Sonnabend früh bis Montag Abend 3121.30 Mk.

Die Leipsiger Kapitulationskomitee hat 3000 Mk. zur Unterstützung der streikenden Bergarbeiter an den Parteivorstand nach Berlin geschickt. Auch von belgischen Arbeiterführern sind bereits umfassende Sammlungen eingeleitet worden.

Der Rheinisch-Westfälische Ausbreitungsverband der Gewerkschaften (S. D.) erklärt jetzt ebenfalls einen Aufruf zur Unterstützung der Bergarbeiter. Freisinnige und Zentrumsblicker aber kommen über ein Paar schöne Worte nicht hinaus! Kurz vor Schluss der Redaktion sehen wir, daß die „Schlef. Volksztg.“, das Breslauer Zentrumorgan, im Zusatzen teil (!) einen Aufruf der christlichen Gewerkschaften bringt. — Im Inzeratenteil!

Während der deutsche Kaiser den General Stössel durch den Orden Pour le mérite für seine heldenhafte Verteidigung Port Arthurs ausgezeichnet hat, gelangt man in der Petersburger Oeffentlichkeit mehr und mehr zu der Auffassung, daß General Stössel sich keineswegs solche Meriten erworben hätte, wie sie der deutsche Kaiser bei ihm voraussetzte.

Schon vor einigen Tagen wurde darauf hingewiesen, daß die japanischen Nachrichten über die große Zahl der gefangen genommenen russischen Soldaten trüblich gemacht hat. Während man annahm, daß nur noch circa 10.000 unverwundete Soldaten übrig geblieben seien, von denen aber der größere Teil durch Strapazen vollständig erschöpft gewesen sei, erfährt man jetzt, daß circa 21.000 russische Soldaten die gefasene Festung in Reich und Glück verlassen konnten, um an den bereitgehaltenen japanischen Dampfern als Kriegsgefangene verschickt zu werden. Dieser Umstand hat das Urteil der öffentlichen Meinung über Stössel völlig umschlagen lassen. Während man ihn bisher für einen Helden hielt, der tatsächlich bis zum letzten Augenblick die Festung gehalten habe, ist man jetzt der Auffassung, daß General Stössel gar nicht so unrecht gehabt habe, wenn er dem Baron telegraphierte: „Großer Kaiser, ich ziehe mich.“

Ein im „Tan“ veröffentlichter Petersburger Brief verbreitet sich ausführlich über diesen Umstand der öffentlichen Meinung. Besonders auffallen habe in Russland die Tatsache erregt, daß die Zahl der Offiziere eine noch sehr große gewesen ist. Bei den Regimentern 13, 14, 15 und 16 seien pro Regiment noch 36 Offiziere gezählt worden. Das Regiment 25 habe noch 42 kampffähige Offiziere aufgewiesen, das Regiment 26 40 Offiziere, das Regiment Nr. 27, dessen Mannschaften besonders schwer mitgenommen waren, sogar noch 58 Offiziere, also bedeutend mehr als ein deutsches Regiment in Kriegszustand überhaupt an Offizieren zähle!

Die Besatzung Port Arthurs sei also durchaus nicht derartig zusammengeschmolzen gewesen, namentlich aber nicht das Offizierkorps, daß ein weiterer Widerstand ausgeschlossen gewesen wäre. Ebenso großes Erstaunen habe sich der Petersburger Oeffentlichkeit benachteiligt über die Mitteilungen, daß in Port Arthur noch 82.670 Granaten vorhanden gewesen wären, ferner nach den Berichten des General Rogi große Vorräte an Mehl und Wehl und noch 1920 lebende Pferde. Es habe also nach der Auffassung der Petersburger Bevölkerung die Festung an Fleisch und Brot durchaus keinen Mangel gehabt. Die Japaner seien denn auch sehr durch die rasche Kapitulation in Erstaunen gesetzt worden und die Kapitulation sei um so trauriger gewesen, als es Stössel nicht gelungen sei, eine ehrenvollere Kapitulation zu erzielen, d. h. freien Ausmarsch der Truppen mit Waffen, Fahnen, Feldartillerie usw.

So urteilt man in Petersburg über den Fall Port Arthurs und die Kapitulation Stössels, die man sich nur dadurch erklären könne, daß seine Nerven durch die letzten kriegerischen Ereignisse stark gelitten hätten. In Fachkreisen, also in Offizierskreisen, spreche man sich noch viel schärfer über Stössel aus als im Volke!

**Neue Schlachten?**

„Echo de Paris“ meldet aus Petersburg: Die russische Offensive auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz stehe bevor. Europäin beabsichtige, seine Ueberlegenheit an Kavallerie und Artillerie auszunutzen und eine starke Offensive in die Ebene des Hunho zu versuchen. Ueber 550.000 Mann stehen bereits südlich des Baikalsees, um nach dem Kriegsschauplatz abzugehen. Jeden Tag treffen neue Truppen ein. Der Korrespondent des Blattes erfährt weiter, daß General Gripenberg in der Hunho-Ebene mit seinen vier europäischen Armeekorps Aufstellung genommen hat und über starke Artillerie verfügt, da die Offensive beginnen wird. General Einemitsch sowie ein Teil der Armee des Generals Kaulbars soll die Gruben südlich von Mukden besetzen, während der übrige Teil der Armee einen Angriff auf die japanische Rechte vornehmen wird. Zwischen den beiden Flügeln befindet sich Kuropalkins Armeekorps, welche sich im Zentrum mit dem Gros seiner Armee bereit halten wird, um je nach den Umständen den einen oder anderen Flügel zu unterstützen. Die bevorstehende Schlachtlinie werde eine Front von achtzig Kilometern haben und die größte werden, die bisher in der Kriegsgeschichte zu verzeichnen ist. Ueber 1 Million Streiter werden sich gegenüberstellen.

**Vor Port Arthur.**

Laut Mitteilung der Marineverwaltung vom 14. Dezember 1904 sind 17 Offiziere und Mannschaften eines japanischen Torpedobootes bei dem Angriff auf das russische Linienschiff „Sewastopol“ im Hafen von Port Arthur umgekommen.

Die Vorkämpfer zur Unterdrückung von 35.000 russischen Gefangenen aus Port Arthur sind nunmehr beendet. Unter anderen werden 5000 in Tengakhaia und 20.000 in Hamatera bei Osaka untergebracht, die übrigen werden auf verschiedene Städte in Abteilungen von 3500 bis 4000 verteilt.

Ca. 3690.44 Mk.

# Deutscher Reichstag.

121. Sitzung vom 18. Januar, Nachmittags 1 Uhr.  
Am Bundesratsitz: Präsident des Reichsbahnamtes Schulz.

Auf Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission wird die Strafverfolgung gegen die Abgeordneten Scheidemann (Soz.), Hertel (Centr.), Schmidt-Frankfurt (Soz.) und Dreßbach (Soz.) eingestellt.

Die zweite Lesung des Etats wird fortgesetzt beim Reichsbahnamt.

Abg. Erzberger (Centr.) bittet um Auskunft über die Heibelberger Konferenz, betreffend eine deutsche Zentral-Eisenbahngemeinschaft, die er im Interesse der württembergischen Eisenbahn wünscht. Er spricht über die Statistik des Reichsbahnamtes seine Anerkennung aus, wünscht aber, daß künftig dort die Arbeiter mehr berücksichtigt werden. Denn nicht die Personalkosten, sondern die menschlichen Arbeitskräfte sind doch das Wichtigste. (Beifall b. Br.)

Abg. Dr. Lieber (natl.) tritt auch für die Betriebsmittel-Gemeinschaft ein und begründet die Vereinigung, Verbilligung und Beschleunigung des Eisenbahnverkehrs als eine wichtige nationale Angelegenheit die Herbeiführung eines einheitlichen Eisenbahnbetriebes wäre der größte Schritt seit Gründung des Reiches. (Leb. Beifall.)

Präsident des Reichsbahnamtes Schulz geht auf die Vorgeschichte der Heibelberger Konferenz ein und verspricht in Zukunft in den Statistiken die Arbeitsverhältnisse besser zu berücksichtigen. Die Petition um einen Reichsausschuß von 50 Millionen Mark für die Bahn über den Fernpaß könne er nicht billigen.

Abg. Reichens (Soz.): Wir verlangen entschieden eine Auskunft darüber, ob man endlich eine Reform der Personen- und Gütertarife beabsichtigt ist. Der kleine Fortschritt, den die Einführung der 45-tägigen Müdfahrkarten bedeutet, ist wieder mit einem Rückschritt auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung, mit der Befreiung der Sonntagsfahrten, begahnt worden. Dringend notwendig ist die Entziehung von Verkehrserschwerungen in den Wagen vierter Klasse. Gerade ist, die vier Eisenbahn die großen Unerblichkeit ist. Die an sich lobenswerte Beschlüsse „Nicht spucken!“ verfehlt ihren Zweck, wenn keine Spucknapfe aufgestellt werden. Kann man sie in den Dampfabzügen, so kann man sie auch in allen anderen Zügen aufstellen. Erwünscht notwendig ist der Ausbau der Eisenbahnen im Weimarer Oberlande, sowie die Abstellung der geradezu skandalösen Mischstände, die am dem Bahnhof Sonneberg herrschen. Die Hauptaufgabe der Eisenbahnen ist, dem Verkehrsbedürfnisse der Bevölkerung zu dienen, nicht hohe Ueberhöfe zu erzielen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident des Reichsbahnamtes Schulz: Für den Bahnhof in Sonneberg ist ein Kapital von 2,740,000 Mk. in Aussicht genommen worden. Von einer Vernachlässigung des Weimarer Oberlandes kann nicht die Rede sein. Die Fertigstellung der Linie Sonneberg-Eisfeld ist binnen kurzem zu erwarten.

Abg. Dr. Pacht (natl.) fragt, ob die Einführung von Reichsbahn-Abteilen in der 4. Wagenklasse ist die längst als notwendig erkannte Abschaffung dieser Klasse. (Zustimmung links.)

Die kleineren Staaten, Mecklenburg a. W., haben begründete Weise ein starkes Bedürfnis der Anlehnung an die preussisch-berliner Eisenbahngemeinschaft. — Dringend notwendig ist die Herabsetzung der Tarife — die seitlich ihre untere Grenze in den Zeitabständen findet — und die Normierung eines einheitlichen Personaltarifs, der etwa der Hälfte des heutigen Preises der Müdfahrkarten entspricht. Die Müdfahrkarten werden sich kaum aufrecht erhalten lassen. — Notwendig ist auch eine durchgreifende Reform der Gütertarife im Sinne der Herabsetzung. Der heutige Normtarif ist übrigens von so viel Ausnahmen durchsetzt, daß es mehr Ausnahme als Norm ist: 60 Prozent der Güter fahren mit Vorzugstarifen. Die Furcht vor Einnahmehausfällen ist überflüssig; noch immer war eine Verkehrssteigerung mit Mehreinnahmen die Folge von Tarifherabsetzungen. — Die tote Rente der Eisenbahnen darf nicht zu einer Verkehrssteuer ausarten. (Beifall bei den Freis.)

Abg. Werner (natl.) fragt über die Ohnmacht des Reichsbahnamtes und befragt die Betriebsmittelgemeinschaft.

Abg. Dr. Wolff (Wirtsch. Bg.) befragt ebenfalls die Betriebsmittelgemeinschaft. Das Ministerium, das sonst in Weimarer gegen Preußen geherrscht habe, sei im Abnehmen begriffen, denn: Wenn das Geld im Kasten klingelt — der Schwab' in die Gemeinschaft springt. (Weiterkeit.)

Abg. Storz (libd. Vpt.) fragt, wie begrüßen die Betriebsmittelgemeinschaft, aber wir können sie nicht als Hilfsmittel betrachten. Württemberg hat sehr unter dem System der Umleitungen zu leiden, über das ja im Vorjahre nicht weniger als 5 württembergische Redner Klage geführt haben. Die Verabredung, daß Umleitungen nur bis zu 20 Prozent stattfinden sollten, ist einfach nicht eingehalten worden. Das System der Vorzugstarife hat u. a. dazu geführt, daß die Schwere der Ruhrhöhe billiger erhält als in Württemberg. (Hört! hört! links.) Gest, wenn der Reichstag einen vollständigen Einfluß auf die Entziehung der Tarife hat, wird die fiskalische Tarifpolitik ein Ende finden. (Beifall links.)

Abg. Dr. Richter (Br.) befragt, daß die württembergischen Abgeordneten, mit der Betriebsmittel-Gemeinschaft nicht zufrieden, eine Betriebsmittel-Gemeinschaft verlangen haben. Umleitungen sind auch an der bairisch-bayerischen Grenze vorgekommen. Das Verfahren der Güterwagen wird sich nie ganz vermeiden lassen. Die Herabsetzung der Gütertarife hat seine großen Gefahren. Hoffentlich wird der Reichstag hierfür nie zuständig werden, sonst erleben wir, daß sich hier die verschiedenen Interessen der verschiedenen Gegenden Deutschlands in den Haaren liegen werden. (Beifall im Br.) Redner spricht sich gegen die Einführung der vierten Wagenklasse in Bayern aus.

Abg. v. Gerlach (Freis. Bg.) freut sich über die Gegnerschaft des Vorredners gegen die vierte Wagenklasse. Süddeutschland ist glücklicherweise ein Bollwerk gegen die allgemeine Einführung dieser unwürdigen Einrichtung. (Widerpruch rechts.) Sie (zu den Kons.) können ja die vierte Klasse nicht; höchstens haben Sie sie als Korpsstudent einmal benutzt, wenn Ihnen das Geld ausging. (Weiterkeit.)

Ich habe die vierte Klasse in den letzten 10 Jahren wohl 100 mal benutzt — zu Studienzwecken — und muß auf Grund dieser Erfahrungen die Zustände in dieser Klasse für unzumutbar erklären. Ein besonders arger Mischstand ist die Ueberfüllung. Bisweilen müssen an heißen Sommertagen zwei Drittel der Passagiere in grauenhaftester Enge und noch grauenhafterer Temperatur stehen. Dabei ist die zweite Klasse meist absolut leer. Das zeigt, wie man in Preußen glaubt, die unteren Klassen behandeln zu können. (Sehr richtig! links.) Süddeutschland ist glücklich zu prüfen, daß es die vierte Klasse nicht berührt. — Die Betriebsmittelgemeinschaft ist als nationaler Fortschritt zu begrüßen. (Beifall links.)

Abg. Storz (libd. Vpt.) schließt sich in der Beurteilung der vierten Klasse dem Vorredner an, erklärt aber, immerhin noch lieber die Direktion in Eisenbahnsachen von Berlin als von München zu empfangen.

Abg. Dr. David (Soz.): Ich glaube, der Zweck der Betriebsmittelgemeinschaft ist die Stärkung des preussischen Einflusses im süddeutschen Eisenbahnwesen. Es wäre besser gewesen, wenn eine süddeutsche Eisenbahngemeinschaft zustande gekommen wäre, die alle Tarifvorschriften konsolidiert hätte, die einzelne süddeutsche Staaten gemacht haben. Um die preussische Oberhoheit zu schwächen, wird nur der Uebergang zur Reichsbahn übrig bleiben. Preußen ist ein Bollwerk der Rückständigkeit! (Sehr richtig! links.) Es ist eine Ungerechtigkeit, daß Unbemittelte sich mit einer Fahrgeldgelegenheit wie der jetzigen vierten Klasse begnügen müssen. Warum schließt man übrigens die vierte Klasse aus den Schnellzügen aus? Diese Ungerechtigkeiten wirken um so empfindlicher, als die Reisenden der dritten und vierten Klasse zur Unterhaltung der ersten und zweiten Wagenklasse, die allein ihre Kosten nicht decken, beitragen müssen. Diese Klassenverhältnisse bieten ein gutes Bild unserer wirtschaftlichen Klassenwesen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das dem preussischen Geld entsprungene Parteinstrument der vierten Klasse soll nur gewaltsam auch in

Süddeutschland eingeführt werden. Die Einrichtung von Wägen für alle Passagiere, sowie von Abteilen muß, namentlich im Interesse von Kranken, dringend gefordert werden. Wenn Preußen wirklich einmal die vierte Klasse abschaffen sollte, so würde das sicherlich so gemacht werden, wie es jetzt Sonntag in Sachsen ist. Es werden nur Karren für die dritte Klasse verkauft und an die vierte Klasse ein Schild mit der Aufschrift „Dritte Klasse“ gehängt! (Weiterkeit.) Und, das ist echt sächsisch! (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Einführung der Betriebsmittelgemeinschaft wird Süddeutschland die preussische Oberhoheit noch mehr, noch empfindlicher, fühlen lassen und hoffentlich die Einrichtung einer Reichsbahn-Gemeinschaft befördern. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Schrader (Freis. Bg.): Die Herabsetzung der Tarife ist nur möglich, wenn Preußen will; und Preußen will nicht, im Interesse der Finanzen. — Ich kenne die Süddeutschen genau, um alles andere eher für möglich zu halten, als die Betriebsmittelgemeinschaft! Da die Eisenbahnen unter einzelstaatlicher Verwaltung stehen, so hat der Reichstag selber zu wenig Kompetenzen. — Wir wissen jetzt, daß wir von den Eisenbahnen wohl Einkünfte, aber nicht Berücksichtigung der allgemeinen Verkehrsinteressen verlangen dürfen! (Beifall links.)

Abg. Baur (Oberbarnim-Bg.): Ich bin neulich auch 4. Klasse gefahren (Bravo!) und habe mich sehr wohl gefühlt. Ueberfüllung finden Sie auch in der 2. Klasse! Ich war einmal mit 20 Personen in einem Abteil! — Das muß ich sagen: nirgends ist das Publikum freundlicher als in der 1. Klasse! (Lebhaftige Zustimmung und Beifall.) Das haben wir ja immer gesagt! — (Links.) Die 4. Klasse möchte ich nur wissen, wenn dieselben Preise auf die 3. Klasse übertragen werden. So schlimm, meine Herren Süddeutschen, wie Sie schildern, ist die 4. Klasse nicht! (Lebhaftiger Beifall rechts.)

Abg. Graf Limburg-Sürum (konl.) erklärt nicht an, daß eine Verbilligung der Tarife dringend notwendig sei. Die Eisenbahneinnahmen werden auf die für das Publikum am wenigsten empfindliche Weise erzielt. (Bravo! rechts.)

Abg. West (Freis. Bg.): Solange der Staat die Privatbahnen nicht verstaatlicht hat, was es ausschließlich Aufsichtsinstitut; jetzt ist er Unternehmer und Aufsichtsinstitut zugleich und das ergibt naturgemäß einen Konflikt zwischen fiskalischen und sozialpolitischen Interessen. Redner polemisiert gegen den Abg. Graf Limburg-Sürum und betont die Notwendigkeit der Tarifreformen. (Bravo! links.)

Abg. von Gerlach (Freis. Bg.): Herr Baur betont, daß das Publikum der 4. Klasse viel mehr menschlich und sozial sei, als das der anderen Klassen — was wir nicht bestritten haben — und verlangt deshalb, daß er menschenfreundlich behandelt wird. (Weiterkeit links.) Die Herren, die sich so für die 4. Klasse begeistern, sollten erst einmal einen Kursus in ihrer Verwendung durchmachen; die 4. Klasse würde bei dieser Prüfung glänzend durchs Examen fallen.

Abg. Dr. David (Soz.): Natürlich ist Graf Limburg-Sürum gegen die Tarifmässigung. Er ist überhaupt ein Gegner des Eisenbahnwesens, wenigstens soweit es das „niedere Volk“ betrifft, das der liebe Gott zum Dienen auf das Land gesetzt hat. Wenn Herr Pauli so sehr für die 4. Klasse schwärmt, so wunder ich mich, daß er sie nicht brummt.

Abg. Graf Limburg-Sürum (konl.) meint, durch die vierte Klasse sei für die Verkehrsbedürfnisse der ärmeren Klasse genügend besorgt.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Freis. Vpt.): Die Herren drücken wollen von einer Tarifverbilligung darum nichts wissen, weil der Gedanke der Eisenbahnverbilligung noch immer bei ihnen ruft. Bedenken werden diejenigen, die eine lange Fahrt vierter Klasse machen, die Äußerung des Herrn Pauli nicht als einen Scherz, sondern als bitteren Spott empfinden. (Sehr wahr! links.)

Abg. David (natl.) spricht sich gegen die Abschaffung der vierten Klasse, aber für Verbesserung aus.

Abg. Baur-Ober-Barnim (Dt. Vpt.) erklärt, er habe nur gesagt, er sei einmal zufällig vierter Klasse gefahren und da wäre er sehr bequem gefahren. Wenn man die Leute befragen wollte, ob sie wünschen, daß die vierte Klasse abgeschafft würde und sie so teuer fahren wollten, wie in Süddeutschland in der dritten Klasse, so würden sie mit „Nein“ antworten.

Kunmehr wird der Etat bewilligt, ebenso debattelos der Etat des Rechnungshofes.

Vor das Haus an die Beratung des Postetats herangeht, wird ein Veranlagungsantrag angenommen.

Der Präsident schlägt vor, am Donnerstag auf die Tagesordnung zu setzen eine Wahlprüfung und den Postetat.

Abg. Dr. Müller-Meininger (Fr. Vpt.) bemerkt zur Geschäftsordnung: Herr Präsident! Wir haben bezüglich unserer Intervention über die Gebühren auf natürlichen Wasserstraßen mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses zunächst darauf verzichtet, daß sie noch im laufenden Jahre verhandelt werde. Dann ist nach der Weihnachtspause die Resolution mit Rücksicht auf die Erkrankung des Ministers wieder zurückgestellt worden. Zu unserem großen Bedauern ist die Krankheit noch nicht gehoben, sodas wir uns selbstverständlich mit der weiteren Verlegung einverstanden erklären. Vielleicht ist der Herr Präsident heute in der Lage, uns zu sagen, an welchem Tage die Beantwortung geschehen wird.

Präsident Graf Ballestrem: Ich habe mich heute wieder erfundigt, wann der Herr Minister in der Lage sein wird, die Intervention zu beantworten. Daran ist mir erwidert worden, daß dies nicht vor dem 26. Januar der Fall sein wird.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: Postetat; Wahlprüfungssache Kant.

Schluß 5 1/2 Uhr.

## Im Abgeordnetenhaus

begann am Mittwoch die zweite Beratung des Ausführungsgesetzes zum Reichs-Lothar-Gesetz. Die Vorlage hat lange Zeit in der Kommission gesteckt, ist schon einmal im Plenum beraten und wieder in die Kommission zurückverwiesen worden. Ob sie jetzt zu Stande kommt, ist immer noch zweifelhaft. Die Konservativen und mit ihnen das Zentrum sind mit der Regelung der Kostenfrage für die sanitären Vorschriften, wie sie die Vorlage enthält, nicht einverstanden. Sie verstehen wohl nicht die hygienischen Fortschritte, welche durch die im Gesetze statuierte Anzeigepflicht und die Sanierungsmaßnahmen gegen ansteckende Krankheiten angebahnt werden, sie wollen aber durchaus die Lasten vor den Gemeinden, selbstverständlich besonders von den ländlichen Gemeinden, abwälzen. Aus der Mitte der Parteien wurde zu den Paragrafen, die die Kostenfrage regeln, so viel neue Entwürfe, zum Teil handschriftlich, gestellt, daß eine sofortige Weiterberatung im Plenum unmöglich wurde. Um eine Uebersicht über diese vielen Entwürfe zu erlangen, wurde die Verhandlung abgebrochen und auf morgen vertagt. Die freisinnigen Parteien und die Nationalliberalen traten wohl warm für die Vorlage ein. Auch der Kultusminister Studt sprach den lebhaften Wunsch nach dem Zustandekommen des Gesetzes aus. Ob es aber dazu kommt, das wird sich, wie gesagt, erst morgen entscheiden. Außer der Fortsetzung der heutigen Beratung steht morgen die zweite Lesung der Hiberniavorlage auf der Tagesordnung.

## Partei-Angelegenheiten.

### Ein Generalstreik in Rußland?

Wir meldeten bereits in der letzten Nummer unseres Blattes von dem Ausstand der Putilowschen Arbeiter in Petersburg, der 12,000 Leute umfaßt. Gegenwärtig scheinen andere Betriebe in Solovkienskijskirk einzutreten. Wenigstens liegen heute folgende aufsehenerregende Telegramme aus der russischen Hauptstadt vor:

Am 18. Januar haben auch die Arbeiter der Newskij-Schiffsbauwerke die Arbeit eingestellt. Die Lage ist ernst.

Die Zahl der Arbeiter der Newskij-Schiffsbauanstalt beträgt 12,000. Sie haben den Beschluß, in den Ausstand zu treten, in einer Versammlung gefaßt, die zur Unterstützung der Forderungen der Arbeiter der Putilowschen Fabrik und des Newskij-Schiffsbauwerkes abgehalten wurde. Der Stadthauptmann erschien

bei den Arbeitern der Schiffbauanstalt und redete ihnen zu, sich ruhig zu verhalten. Der Direktor der Newskij-Schiffsbauwerke hatte den Arbeitern einige Angelegenheiten gemacht, später erklärte er öffentlich, er könne keine Zugeständnisse machen und müsse auch die eingekommenen zurückgeben, weil er die Zustimmung des Stadthauptmanns gemacht habe. Die Newskij-Fabrik ist in letzter Zeit infolge starker Regierungsaufträge in glänzender geschäftlicher Lage! Dort werden gewöhnlich Unternehmungen vom Typ des „Protektor“ gebaut. Ein Teil derselben ist bereits fertig. Ferner wird dort ein Geheimmechanismus unter Leitung eines amerikanischen Monteurs ausgeführt. Die Fabrik hat auch noch weitere Aufträge der Regierung, die in den nächsten 2 Monaten auszuführen sind. Auch zwei Dampfer vom Typ der Dampfer der Freiwilligen Flotte, sowie eine Anzahl Torpedoboote sind auf dieser Werft im Bau.

Auch Rußland bekommt den Hauch der neuen Zeit zu spüren. Am 18. Januar sind auch die Arbeiter der Steglitz'schen Fabrik 8000 Mann in den Ausstand getreten. Sie verlangen den Achtstundentag.

Die Berliner Parteigenossen beschäftigten sich am Dienstag Abend in sechs Versammlungen mit dem preussischen Parteitag, in allen kam eine große Befriedigung mit den Beratungen bestehen zum Ausdruck, einige Redner stellten ihn sogar über die letzten deutschen Parteitage. Ein Delegierter des ersten Wahlkreises meinte, der vom Genossen Bernstein zur Resolution Lebendiges gestellte Antrag habe auch den Delegierten des Kreises zur Unterstützung vorzulegen, die sie unter der Bedingung haben, daß das Wort „Straßendemonstrationen“ in „Mafferdemonstrationen“ umgewandelt werde. Er, Redner, betrachtete es als eine Ungerechtigkeits- und Unanständigkeit, daß Lebendige den Antrag Bernstein in der Weise, wie er es getan, niederzuschreiben suchte. Das sei ja Lebendiges Art; er, Redner, habe das aber für unanständig. In der Diskussion nahm Doppel noch einmal das Wort, um zu erklären, was die Delegierten unter „Mafferdemonstrationen“ verstanden: große Versammlungen, die zum Protest gegen reaktionäre Maßnahmen einheitlich in ganz Preußen stattfinden. Wenn auch dieser Teil des Antrages Bernstein abgelehnt wurde, so würden die Berliner Genossen hoffentlich doch in dieser Weise demonstrieren. Die Versammlung erklärte sich mit der Haltung ihrer Delegierten einverstanden.

Aus dem zweiten Wahlkreis berichtet der „Vorwärts“ über die Debatte: In der Diskussion ergab Meinmann eine Parallele zwischen dem glänzenden Verlauf des preussischen und dem seiner Ansicht nach schwach verlaufenen deutschen Parteitag. In seinen weiteren Ausführungen wendete er sich hauptsächlich gegen die Stellung Lebendiges in der Frage der Mafferdemonstration. Hierin trat ihm Genosse Mummert entgegen. Die Versammlung erklärte sich hierauf mit den Beschlüssen des preussischen Parteitages und der Haltung der Delegierten einverstanden.

Im dritten Wahlkreise rügte der Delegierte Pohl ebenfalls, daß sich Lebendige Entschuldigungen hat zu schulden kommen lassen, die einen Mißton auf den Parteitag brachten. Gehrmann führt Lebendiges Argumente an, woraus hervorgeht, daß er sich nicht zu entschuldigen hat. Genosse Kahn erklärte sich hier gegen den Antrag Meines zur Schulfrage, worauf die Genossen Hoch, Pohl, Fritz, Thierling und Müllers diesen verteidigten.

Während im vierten und im fünften Kreise sich eine Debatte um die Verichterstattung nicht schloß, nahm im sechsten Kreis Lebendige mehrfach selbst das Wort. Der Verichterstattung vom Parteitag sollte hier eine sehr lebhaftige Debatte, den hauptsächlichsten Stoff dazu bildete das Amendement Bernsteins, Mafferdemonstrationen für das Wahlrecht betreffend, und die Frage des Revisionismus. Lebendige sprach im Anschluß an diese Angelegenheiten in entschiedener Weise gegen den Revisionismus und gegen eine Vertagung der Gegenfrage und Fortsetzung über die Wichtigkeit dieser Frage, wie sie, nach des Redners Meinung, auch durch den „Vorwärts“ betriebe wurde.

Welches Glück Lebendige dabei im sechsten Kreise hatte, ist leider aus dem kurzen Bericht des „Vorwärts“ nicht ersichtlich, doch begründen wir es, daß in fast allen anderen Berliner Kreisen das Benehmen Lebendiges gegen unseren Abgeordneten die angemessene Zurückweisung erfuhr.

Der baltische Parteitag ist von dem Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Vadsen auf den 18. und 19. Februar nach Offenburg einberufen worden. Außer den geschäftlichen Berichten und dem Bericht der Landtagsfraktion steht die Tagesordnung vor: Verichterstattung über die Parteipresse, Stellungnahme zur bevorstehenden Landtagswahl, Stellungnahme zur Einrichtung eines Parteisekretariats.

## Arbeiterbewegung.

Aus dem Holzarbeiter-Verbande. Zum ersten Redakteur der „Holzarch-Zeitung“ ist an Stelle des nicht mit nach Stuttgart übergegangenen Kollegen Möckel der bisherige zweite Redakteur R. Fr. Reinhardt gewählt worden. Zweiter Redakteur ist der bisherige Hilfsarbeiter im Verbandsbureau, Michael Kaiser, geworden. Die vom Vorstand und Ausschuss vorgenommene Wahl eines beiderseitigen Hauptberaters für den neugebildeten Gau Stettin ist auf Richard Falkenberg, Tischler in Stettin, und die des zweiten Beamten für den Gau Elberfeld auf Heinrich Meyer, Tischler in Bremen, gefallen.

Wahlen zu den Kaufmannsgerichten. Nach einer Zusammenstellung, deren Richtigkeit im Augenblick nicht kontrolliert werden kann, wurden bislang in 48 Städten gewählt: 84 Mitglieder des Vereins für Handlungs-Kommissen von 1858 in Hamburg, 110 Mitglieder des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen in Leipzig, 47 Mitglieder des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, 265 Mitglieder, die sich auf 160 verschiedene kleinere kaufmännische Vereine verteilen, und 242 Mitglieder des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes in Hamburg. In einer Anzahl von Städten gehen die Wahlen noch vor sich.

Städtische Altersversorgung in Troppau. Aus Troppau wird berichtet: Der Gemeinderat hat für die städtischen Arbeiter eine Altersversicherung geschaffen. Diese basiert darauf, daß jeder Arbeiter nach zehnjähriger Dienstzeit 20 Prozent, nach je einem weiteren Jahre ein Prozent mehr bis zum Höchstmaß von 50 Prozent seines Bezuges als Ruhegehalt bekommen wird. Die Witwen solcher Arbeiter erhalten entweder 20 Prozent der aktiv-n Bezüge oder 50 Prozent des Ruhegebaltens ihrer Gatten. Der Erziehungsbeitrag für Kinder verlorbener städtischer Arbeiter wurde mit 10 Prozent und 15 Prozent bis zum 15. Lebensjahre festgesetzt. Diese Einrichtung tritt rückwirkend vom 1. Januar 1905 in Kraft.

## Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 19. Januar.

\* In verschiedenen Landgemeinden finden in diesem Frühjahr die Wahlen zur Gemeinde-Verwaltung statt. Aus dem Landkreise Breslau sind uns im Augenblick die Gemeinden Cosel, Carlowitz, Hermannsdorf, Mariashöfen, Zaffelau und Schmiedefeld bekannt. Die Wählerlisten liegen laut Landgemeindeordnung jetzt bis zum 30. Januar beim Gemeindevorstand zu jedermanns Einsicht offen aus. Die Arbeiter in den betreffenden Landgemeinden tun also gut, wenn sie sich baldmöglichst davon überzeugen, ob ihr Name in die Wählerlisten eingetragen ist. Wahlberechtigt ist nach der Landgemeindeordnung jeder selbständige Deutsche, der die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt und seit einem Jahre in der Gemeinde wohnt, keine Armenunterstützung empfängt und mit einem Einkommen von mehr als 800 Mk. jährlich zur Einkommensteuer veranlagt ist. Als selbständig wird nach

